

Haushaltsantrag

NR:

	<p>Datum: 15.11.2011</p> <p>Antragstellerin: FDP-Fraktion</p> <p>Verfasser/in: <i>Tobias Kruger</i> <i>Dr. Rüdiger Werner</i></p>						
Kürzung des Produktes Förderung der Integration (01.3.03)							
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><u>Datum</u></th><th><u>Gremium</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>24.11.2011</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>06.12.2011</td><td>Stadtverordnetenversammlung</td></tr></tbody></table>		<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>	24.11.2011	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	06.12.2011	Stadtverordnetenversammlung
<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>						
24.11.2011	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss						
06.12.2011	Stadtverordnetenversammlung						

Sachverhalt/Begründung:

Die FDP-Fraktion ist nach dem Studium aller Produktbeschreibungen bei einigen Produkten zu der Auffassung gelangt, dass der sichtbare Nutzen für die Stadt in keinem optimalen bzw. akzeptablen Verhältnis zu den finanziellen Aufwendungen für diese speziellen Produkte steht. Aufgrund des - durch das horrendes Plandefizit i.H.v. **9.500.000 €** verursachten - alternativlosen allgemeinen Sparzwangs und damit auch eines Schrumpfungszwangs für die Verwaltung sollen in diesen Produkten die Ansätze für die Aufwendungen gekürzt und – wenn objektiv nicht anders möglich – Leistungen verringert, verlagert oder komplett eingestellt werden.

Integration wird in Rödermark seit langem großgeschrieben und gelebt. Die Integrationsarbeit in Kindertagesstätten und Schulen ist vorbildlich. Für alle Abteilungen der Verwaltung sowie natürlich auch für die Kommunalpolitik ist Integration eine Selbstverständlichkeit und nicht bloß gesetzliche Pflicht. Unser Integrationskonzept setzt Maßstäbe weit über die Gemarkungsgrenze hinaus. Daher ist eine ½ Stelle speziell für diese Belange nicht zwingend nötig und muss aufgrund der allgemeinen Haushaltssituation wieder eingespart werden. Die Mittel für den jährlichen Integrationsförderpreis können überdies auf ein anderes Produkt mitübertragen und mit vorhandenen Mitteln teilbestritten werden. Auch wenn an dieser Stelle absichtlich nicht als echtes Argument ins Feld geführt, kann dennoch auf die Ergebnisse der Bürgerbefragung zu diesem Themenkomplex zumindest vorsichtig hingewiesen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Ansatz für Personalaufwendungen im Produkt 01.3.03 wird um 20.000 € gekürzt.

Zusätzlich wird zugleich der Ansatz für Aufwendungen für Sachaufwand um 2.500 € gekürzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung: